

Berlin, 25. November 2020

Ausführungen von Michael Roth, Staatsminister für Europa, im Namen des Rates auf der  
Plenartagung November II des Europäischen Parlaments

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Mitglieder des Europäischen Parlaments,

ich bedauere, dass ich nicht persönlich bei Ihnen auf dieser Plenartagung anwesend sein kann, und ich möchte Präsident Sassoli für diese Gelegenheit danken, mich erneut schriftlich an Sie zu wenden. Ich werde diese Aussprache von Deutschland aus aufmerksam verfolgen.

Im Dezember werden die EU-Führungsspitzen sich insbesondere mit einigen der wichtigsten Herausforderungen befassen, mit denen wir alle konfrontiert sind, nämlich mit dem andauernden Kampf gegen COVID-19, dem Klimawandel und dem Thema Sicherheit.

Die Bekämpfung der COVID-19-Pandemie hat nach wie vor oberste Priorität für die EU-Führungsspitzen. Letzte Woche haben sie eine weitere Videokonferenz abgehalten, um über Impfstoffe, Tests und restriktive Maßnahmen zu beraten. Ihre Beratungen stützten sich auf einen vom deutschen Ratsvorsitz vorgelegten Bericht über die koordinierte Reaktion der EU.

Bei den Impfstoffen sind die Ergebnisse der laufenden Tests vielversprechend. Dank des koordinierten Ansatzes der EU wurden mehrere Abnahmegarantien vereinbart. Aber damit die Impfstoffe wirken können, müssen sie erst erfolgreich verteilt und von der Bevölkerung akzeptiert werden. Dafür muss in den Bereichen Logistik und Kommunikation noch viel mehr getan werden.

Es wird einige Zeit dauern, bis sich diese Entwicklungen in konkreten Ergebnissen niederschlagen. Unsere unmittelbare Handlungspriorität sollte deshalb sein, die laufenden Anstrengungen zur Eindämmung der Pandemie fortzusetzen.

Dafür sind Tests wichtig: Wir brauchen die gegenseitige Anerkennung von Testergebnissen, einschließlich der Ergebnisse von Schnelltests; und wir müssen uns in Bezug auf Mindeststandards und gemeinsame Kriterien für die Durchführung von Antigen-Schnelltests abstimmen.

Eine weitere große Herausforderung für die EU ist der Klimawandel. Der Europäische Rat hat sich für seine Dezembertagung das Ziel gesetzt, entschiedene Maßnahmen für die Zukunft aller Europäerinnen und Europäer und unseres Planeten zu ergreifen, indem er auf Basis des Vorschlags der Europäischen Kommission, bis 2030 bei den Treibhausgasen eine Nettoemissionsminderung um 55 % (im Vergleich zu 1990) zu erreichen, ein verbindliches Ziel für die Union festlegt. Zudem sollen im Vorfeld der Vorschläge, die die Kommission voraussichtlich nächstes Jahr vorlegen wird, die wichtigsten Grundprinzipien für die Weiterentwicklung der Rahmenbedingungen festgelegt werden. Mit diesem Ziel werden wir auf dem richtigen Weg sein, um gemäß dem Pariser Klimaschutzübereinkommen das Ziel der Klimaneutralität bis 2050 verwirklichen zu können.

Der deutsche Ratsvorsitz wird dann daran arbeiten, den national festgelegten Beitrag der EU, der von den Umweltministerinnen und –ministern im Dezember gebilligt und dann vor Ende des Jahres im Kontext des Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen über Klimaänderungen (UNFCCC) gemeldet werden muss, abschließend festzuschreiben.

Unsere dritte Herausforderung ist die Sicherheit. Die jüngsten Anschläge in einigen Mitgliedstaaten haben uns an unsere gemeinsame Gefährdung erinnert, aber auch an unsere unerschütterliche Einheit und Solidarität bei der Bekämpfung aller Formen des Terrorismus und der Verteidigung unserer gemeinsamen Werte.

Die Führungsspitzen werden sich voraussichtlich damit befassen, wie die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten der EU im Bereich der Terrorismusbekämpfung verbessert werden kann, unter anderem durch einen besseren Informationsaustausch und eine wirksame polizeiliche Zusammenarbeit und Koordinierung.

Wenn wir die Freiheit und den sozialen Zusammenhalt für alle wahren wollen, müssen wir die Radikalisierung im Internet verhindern. Der Ratsvorsitz strebt deshalb an, die Verhandlungen über die Verordnung zu terroristischen Online-Inhalten bis Ende des Jahres erfolgreich zum Abschluss zu bringen. Ich bitte Sie alle um Ihre Unterstützung, damit die Gespräche rasch abgeschlossen werden können. Ganz allgemein muss die Frage der Verantwortung der Plattformen für illegale Online-Inhalte angegangen werden.

Neben den drei Hauptthemen, die ich genannt habe (COVID-19-Pandemie, Klimawandel und Sicherheit), werden die Führungsspitzen, wie auf den Tagungen des Europäischen Rates vom 1. und 2. sowie vom 15. und 16. Oktober vereinbart, auch über die Türkei und die Lage im östlichen Mittelmeerraum sprechen. Seit unserer letzten Debatte zeigen die Ereignisse leider, dass sich die Dinge nicht in die richtige Richtung bewegen. Die Führungsspitzen werden angesichts dieser weiteren Verschlechterung der Lage über das weitere Vorgehen beraten müssen.

Im Kontext des 25. Jahrestages des Barcelona-Prozesses wird der Europäische Rat auch eine strategische Aussprache über die Beziehungen der EU zu den Ländern der südlichen Nachbarschaft führen.

Am Rande der Tagung des Europäischen Rates wird ein Euro-Gipfel der EU-27 stattfinden. Die Führungsspitzen werden voraussichtlich eine Bilanz der Fortschritte bei der Bankenunion ziehen und politische Impulse für die Kapitalmarktunion als eine Voraussetzung für den grünen und den digitalen Wandel setzen.

Kommen wir abschließend zu den Beziehungen zwischen der EU und Afrika. Das für Oktober dieses Jahres geplante 6. Gipfeltreffen zwischen der EU und der Afrikanischen Union musste wegen der COVID-19-Pandemie auf 2021 verschoben werden. Afrika ist einer der wichtigsten Partner der EU, und wir sind nach wie vor entschlossen, diese Partnerschaft auf der Grundlage beiderseitiger Interessen und geteilter Verantwortung zu einer ambitionierteren Partnerschaft auszubauen. Daher wird derzeit eine Tagung auf hoher Ebene zwischen der EU und der Afrikanischen Union vorbereitet, die am 9. Dezember stattfinden soll.

---